

1 **Positionspapier der SPD im Landkreis Ebersberg zu „Flucht und Asyl“**

2
3 **Wir SozialdemokratInnen stehen zu unseren Grundüberzeugungen**

4
5 Die anhaltende Krisensituation in den Staaten des Nahen Ostens und Afrikas treibt Menschen
6 langfristig in die Flucht. Sie suchen in Europa Zuflucht vor Krieg und persönlicher Bedrohung.

7
8 Wir erkennen die Verantwortung des „Westens“ als Mitverursacher der Krisen und Kriege in Afrika
9 und besonders im Nahen Osten an. Deshalb brauchen wir eine eigenständige EU-Außenpolitik, die
10 aktiv unter Einbeziehung der USA, Russlands, Chinas und der Regionalmächte die Krisen und
11 Fluchtursachen bekämpft.

12
13 Wir erkennen auch die deutsche Mitverantwortung am Versagen der EU-Staaten an. Das zeigt sich
14 vor allem am langen Festhalten an Dublin III und in der fehlenden Finanzierung der europäischen
15 Fonds für Flüchtlinge und Entwicklung. Was wir vorrangig brauchen, sind europäische Lösungen
16 zur Stabilisierung der Herkunftsländer.

17
18 Flüchtlinge lassen sich nicht durch Zäune und Meere stoppen. Wenn wir die Ungleichheit in der
19 Welt nicht verringern, dann werden immer mehr Menschen kommen. Die Erde ist kleiner und
20 fragiler als sie uns erscheint; wir werden direkt vor Ort tagtäglich mit den Auswirkungen
21 konfrontiert.

22
23 Wir SozialdemokratInnen stehen für Menschenrechte und Solidarität mit allen Menschen, egal
24 welcher Herkunft, Ethnie, Religion und Geschlechts. Solidarität hört nicht an der Landes- oder EU-
25 Grenze auf! Das Asylrecht, wie es in der Genfer Konvention und in unserem Grundgesetz verankert
26 ist, ist und bleibt für uns unantastbar!

27
28
29 **Wir sehen die konkreten Probleme**

30
31 Es fehlt international, insbesondere innerhalb der EU, in der Asylpolitik an der notwendigen
32 Solidarität. Flüchtlinge werden sehr ungleich verteilt. Die Definition von „sicheren
33 Herkunftsländern“ ist zwischen den EU-Staaten nach wie vor unklar. Die Transitländer auf den
34 Flüchtlingsrouten sind größtenteils überfordert.

35
36 Menschen, die nach Deutschland wollen, haben oft nur die Chance über das Asylrecht einzureisen,
37 egal ob sie als Einwanderer, Flüchtling oder Asylbewerber kommen.

38
39 Viele Menschen in Deutschland, besonders die, denen es wirtschaftlich nicht gut geht und die, die
40 bisher wenig oder keinen Kontakt mit Flüchtlingen hatten, fürchten um ihre soziale Position und
41 kulturelle Identität. Diese Ängste und Stimmungen werden zusätzlich durch ‚rechtspopulistische
42 Rhetorik‘ angeheizt und haben bereits zu einer Vielzahl von Anschlägen und Gewaltverbrechen
43 gegen Flüchtlinge und Helfer geführt. Die Menschen nehmen eine Verrohung der politischen
44 Auseinandersetzung und einen zunehmenden Kontrollverlust des Staates und der Politik wahr.

45
46 Asylanträge werden zu langsam bearbeitet, weil die Verfahren und Abläufe für die große Zahl
47 ungeeignet sind. Die Schnittstellen der zuständigen Behörden sind inkompatibel, vielerorts fehlt
48 Fachpersonal und bürokratisches Handeln behindert die schnelle Bearbeitung von Asylanträgen.



1 Ein dringendes Problem, gerade in unserer Region, ist der fehlende bezahlbare Wohnraum. Oft
2 fehlen den Kommunen Grundstücke, um diese für die Schaffung von sozialem oder gefördertem
3 Wohnraum nutzen zu können.

4
5 Die Problematik der Flüchtlingspolitik wird verstärkt durch die finanzielle und organisatorische
6 Belastung unserer Gemeinden, Städte und Landkreise, sowie der Rettungs- und Sozialdienste.
7 Schwierigkeiten gibt es vor allem bei der Unterbringung und Betreuung der Asylsuchenden, als
8 auch bei der Organisation ihrer Gesundheitsversorgung.

9
10 Die ehrenamtlichen Helferkreise arbeiten unter einer immensen Belastung und werden von
11 offizieller Seite nicht immer ausreichend unterstützt.

14 **Wir fordern deshalb konsequentes Handeln beim Bekämpfen der Fluchtursachen**

15 Um dauerhaft Verbesserungen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge zu erzielen, müssen die
16 wirtschaftlich starken Länder alles tun, um den Aufbau von demokratischen und wirtschaftlich
17 gerechten Strukturen, funktionierende Bildungs- und Gesundheitssysteme, sowie bei der
18 Bekämpfung der Folgen des Klimawandels zu unterstützen. Das bedeutet auch den Ausbau von
19 ausgewogenen Handelsbeziehungen mit diesen Staaten und die Einschränkung von
20 Rüstungsexporten in Krisenregionen.

23 **Wir wollen eine gerechte Lastenverteilung**

24 Innerhalb Deutschlands befürworten wir genauso eine konsequente Anwendung des Königssteiner
25 Schlüssels, wie wir einen verbindlichen EU-Schlüssel für die Verteilung und Aufnahme von
26 Flüchtlingen für dringend erforderlich halten. Nötigenfalls ist dies mit Sanktionen durchzusetzen.

27 Die EU-Institutionen und das EU-Parlament müssen daher auch mehr Zuständigkeit erhalten, um
28 mehr Verantwortung in der Flüchtlingspolitik übernehmen zu können. Die Finanzierung der EU-
29 Institutionen und der Flüchtlingshilfen soll durch eine EU-Finanztransaktionssteuer und eine
30 europäische Unternehmensbesteuerung gesichert werden.

33 **Wir wollen eine zügige Eingliederung**

34 Die Sicherheit der Flüchtlinge muss von allen EU-Staaten gewährleistet werden. Die
35 Menschenwürde und die Versorgung aller Menschen in Deutschland, ob hier geboren oder als
36 Flüchtlinge zu uns gekommen, muss gewährleistet werden. Die Schwächsten in der Gesellschaft
37 dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

38 Menschen deren Asylantrag abgelehnt wurde und Menschen aus sicheren Herkunftsländern, bei
39 denen offensichtlich keine individuellen Verfolgungsgründe vorliegen, müssen rasch wieder
40 zurückgeführt werden.

41 Die rasche Hilfe zur Eingliederung von Menschen, die als Flüchtlinge anerkannt sind, muss
42 sichergestellt werden. Arbeitsaufnahme und Anerkennung von abgeschlossenen Ausbildungen
43 müssen beschleunigt werden. Als besonders wichtig erachten wir Angebote zum Erlernen der
44 deutschen Sprache, die sofort, also auch schon während des Asylverfahrens, greifen.



1 **Wir brauchen rasch bezahlbaren Wohnraum für alle**

2 Vordringlich ist die rasche und unbürokratische Förderung des sozialen Wohnungsbaus auf allen
3 Ebenen, das heißt u.a. sofortige Änderungen im Baurecht, beschleunigte Genehmigungsverfahren
4 und einen erweiterten Ermessensspielraum für Städte und Landkreise. Der Bedarf an bezahlbarem
5 Wohnraum ist gerade in unserer Region riesig, sowohl für Einheimische, als auch für Menschen,
6 die sich hier eine neue Existenz aufbauen wollen. Wir empfehlen die unkomplizierte
7 Zusammenarbeit von Privatinvestoren und kommunalem Wohnungsbau. Dies kann für alle
8 Beteiligten eine ‚Win-Win-Situation‘ werden.

11 **Wir benötigen klare Strukturen für die Umsetzung**

12 Ausbildungsinhalte, -strukturen und -dauer für dringend benötigte Fachkräfte im Sozial- und
13 Bildungsbereich müssen angepasst werden. Ganz wichtig ist die ausreichende finanzielle und
14 organisatorische Ausstattung der Kommunen durch Bund und Länder für Sprachkurse,
15 Qualifizierung, Unterbringung, Beschäftigung und Arbeitsvermittlung.

18 **Kommunen handeln und brauchen Unterstützung**

20 Der Grundsatz Fördern und Fordern gilt für alle - Flüchtlinge und Einheimische. Eine klare und
21 offene Kommunikation von Aktivitäten, Problemen und Erfolgen bei der Unterbringung,
22 Versorgung und Eingliederung von Flüchtlingen ist notwendig. Wir schlagen die Schaffung einer
23 Informationsplattform oder Informations-app vor.

25 Regelmäßige und ausführliche Informationsveranstaltungen mit allen Beteiligten wie Landratsamt,
26 Gemeinden, Polizei, Gesundheitsamt, Gewerbeverband, Helferkreisen, Vereinen, Kirchen, usw.
27 sollen für größtmögliche Transparenz und Akzeptanz sorgen.

29 Die zahlreichen ehrenamtlichen örtlichen Helferkreise brauchen die ideelle, finanzielle und
30 organisatorische Unterstützung durch hauptamtliche Strukturen und Ressourcen, durch Politik
31 und Verwaltung der Landkreise und Kommunen. Die Ehrenamtlichen brauchen die Begleitung
32 durch fachlich und psychologisch geschultes Personal.

34 Wir schlagen auf örtlicher Ebene die Erstellung eines Aufnahmeplans für die nächsten drei bis fünf
35 Jahre vor, der allen Beteiligten Sicherheit gibt und die vielfältigen Aktivitäten strukturiert.
36 Fremdenfeindlicher und rechtspopulistischer Rhetorik und ausländerfeindlichen Übergriffen
37 werden wir entschieden entgegenwirken. Hier sind alle BürgerInnen, insbesondere die
38 Mandatsträger auf allen Ebenen, gefordert.

41 **Der Bund muss handeln**

43 Wir brauchen eine soziale und humanitäre Steuerung der Zuwanderung und Migration in unsere
44 Gesellschaft. Die Erstaufnahmeeinrichtungen sind in ihrer Anzahl und personellen Ausstattung den
45 Erfordernissen anzupassen, um im Anschluss eine rasche Bearbeitung der Anträge zu sichern.
46 Ebenso ist die Fort- und Ausbildung von ehrenamtlichen Flüchtlingshelfern zu verstärken und zu
47 professionalisieren.



1 Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz, das die Unterscheidung von Menschen, die als
2 Einwanderer kommen und solchen, die als Flüchtlinge oder Asylbewerber Zuflucht suchen, klar
3 definiert. Das deutsche Baurecht muss Erleichterung bei nicht sicherheitsrelevanten Baustandards
4 schaffen. Der Bund ist in der Pflicht bei der finanziellen Ausstattung der Landkreise und
5 Kommunen. Dazu gehört vorrangig auch die sofortige Bereitstellung von zusätzlichen
6 Haushaltsmitteln für den Sozialen Wohnungsbau. Soziale Standards, wie z.B. der Mindestlohn und
7 Sozialhilfesätze, dürfen nicht unterlaufen werden.

8
9

10 **Die EU braucht ein geschlossenes Auftreten**

11
12 Die Europäische Union ist gefordert, neue politische Initiativen zur Bekämpfung von
13 Fluchtursachen in den Ländern des Nahen Ostens und Afrikas zu ergreifen. Das bedeutet eine Art
14 ‚EU-Marshallplan‘ für die betroffenen Staaten. Parallel dazu ist eine große Informationskampagne
15 in den Herkunftsländern über die Voraussetzungen und Regeln, die eine Aufnahme von
16 Flüchtlingen in die EU erlauben, zu starten.

17
18 Sichere Herkunftsländer müssen klar definiert und regelmäßig auf ihren aktuellen Status überprüft
19 werden. Ein neues gemeinsames europäisches Asylsystem, jenseits von Dublin, muss zügig
20 eingeführt werden. Unabdingbare Voraussetzung dafür ist eine faire Verteilung der Flüchtlinge in
21 Europa. Die Klassifizierung in sichere und unsichere Herkunftsländer darf nicht zur Steuerung der
22 Zuwanderung missbraucht werden.

23
24 *Wer [die Vorteile der EU für sich in Anspruch] nimmt, muss auch [seine Unterstützung im*
25 *Krisenfall] geben!*

26
27 Das beinhaltet auch ein gemeinsames EU-Grenzmanagement, d.h. vor allem mehr europäische
28 Verantwortung bei der Registrierung und Betreuung von ankommenden Flüchtlingen, die
29 Unterstützung besonders betroffener EU-Mitgliedstaaten, die konsequente Bekämpfung von
30 Schleusern und Schleppern und eine bessere Seenotrettung im Mittelmeer.

31 Ebenso müssen klare Regelungen und EU-weit geltende Standards bei der Aufnahme von
32 Flüchtlingen und bei der Rückführung abgelehnter Asylbewerber durchgesetzt werden.

33
34

35 **Wir danken den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern**

36 Die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer leisten einen großen Beitrag. Sie geben den
37 Hilfesuchenden neben der Unterstützung im Alltag, wie zum Beispiel bei der Spracherlernung
38 oder bei Behördengängen, Würde und Menschlichkeit! Für Ihren unermüdlichen Einsatz bedanken
39 wir uns ausdrücklich. **Ihr Handeln verdient unseren Respekt!**

